

# Wissenschaft in der Demokratie

Veröffentlicht am 29/10/2019 von Michael Meyen

So ein interdisziplinärer Forschungsverbund ist ein Luxus. Bei der Mitgliederversammlung im November in Würzburg diskutieren wir über „Wissenschaft in der Demokratie“. Basis: aus jedem Projekt mindestens ein Text. Das heißt auch: elf verschiedene Perspektiven. Weil das offenbar noch nicht spannend genug ist, bringt die Post justament das Büchlein „Ethik des Wissens“ von Markus Vogt. Untertitel: „Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten des Klimawandels“ (Vogt 2019).

Markus Vogt hat an der LMU einen Lehrstuhl für Christliche Sozialethik. Die Theologie, schreibt er, habe „die größte historische Erfahrung“ in Sachen Transdisziplinarität und transformative Wissenschaft (S. 77). Vogt begründet das mit der „Verbindung zur Kirche“ und mit dem Anspruch, für „eine gerechte und solidarische Gesellschaft“ zu streiten (S. 76).

Transdisziplinarität: Diesen „Leitbegriff für die Neugestaltung wissenschaftlicher Diskursräume“ versteht er als „Hybrid“ von drei Selbstverständnistypen (S. 75). Orientierung liefern, Optionen formulieren, Katalysator in „Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen“ sein (vgl. Renn 2019). Man kann dies auch als Zugeständnis an einen Diskurs interpretieren, der nach wie vor von der Fiktion wissenschaftliche Autonomie dominiert wird (vgl. exemplarisch Strohschneider 2014). Auch diese Position findet Platz in der Hybrid-Definition von Markus Vogt.

Schwieriger wird es da schon bei den „drei Aspekten“, die er für „leitend“ hält, wenn man Transdisziplinarität sagt:

- die Forschungspraxis an „gesellschaftliche Problemlagen“ anpassen,
- „disziplinübergreifend“ arbeiten und dabei „Erfahrungswissen über Kontextbedingungen und die Geltungsbereiche in der Praxis“ einbeziehen sowie (und das ist sicher der Knackpunkt)
- „Wissensträger(innen) außerhalb der Wissenschaft“ einbinden, und zwar von Anfang bis Ende (S. 75, vgl. hierzu auch von Unger 2014).

Zur Erinnerung die Antwort von Peter Strohschneider (2014), auf die in diesem Blog schon eingegangen wurde (vgl. Meyen 2018) und die uns auch bei der anstehenden Klausur in Würzburg beschäftigen wird: Der DFG-Präsident glaubt an „die Grenze zwischen Wissenschaft und Gesellschaft“ und warnt davor, diese Grenze niederzureißen (Strohschneider 2014: 182). Er glaubt daran (oder sagt es zumindest), dass Wissenschaftlerinnen Probleme und Lösungen „intrinsisch“ suchen und benennen (ohne Vorgaben von außen), und ist folgerichtig gegen „praktische Nützlichkeit“ (S. 180), gegen die Einbeziehung von gesellschaftlichen Akteuren („warum und inwiefern sollte es dann noch auf Wissenschaft ankommen?“; S. 183) und gegen Normativität. „Wert- oder Normkonflikte“, sagt Peter Strohschneider (2014: 186), seien „wissenschaftlich unentscheidbar“. Das ziele überhaupt nicht auf eine Norm wie Nachhaltigkeit an sich (ein „unverfügbarer positiver Wert“, S. 177). Was aber gar nicht gehe: die Wissenschaft „als Instrument der Großen Transformation in Dienst“ zu nehmen, wie das zum Beispiel der WBGU (2011) vorgeschlagen hat (S. 178).



Markus Vogt kennt diese Argumentation natürlich. Und er ist wissenschaftspolitisch erfahren genug, nicht einfach dagegen anzupoltern. Sein Kniff: Nachhaltigkeit sei gar „kein extern vorgegebenes und festgelegtes Ziel, sondern ein offener Suchprozess mit heterogenen Zielkomponenten, der sich von daher plural und kulturvariabel gestaltet“ (S. 66). Das ist begrifflich nah am WBGU (2011: 342f.), der „Transformation“ als „gesellschaftlichen Suchprozess“ konzeptualisiert hat. In der Lesart von Markus Vogt „ersetzt“ Nachhaltigkeit „keine normativen Debatten, sondern fordert sie heraus“. Bedingung: „Leitwerte wie Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit oder Wohlstand“ reflektieren und vor allem Zielkonflikte benennen (Vogt 2019: 66).

Darum geht es auch in diesem Buch: die Ethik herausholen aus der Ecke „verharmlosende Sonntagsrhetorik“ (S. 31) und ihr eine klare Aufgabe zuweisen: „das Antwort-Geben auf die Herausforderungen des Zusammenlebens in der jeweiligen Situation“ (S. 41). Die Klimakrise. Das Anthropozän. Digitalisierung und „veränderte Kommunikationsbedingungen“ (S. 7). Das „tiefe Misstrauen gegen Demokratie, Vernunft und Fortschrittskonzepte, mit denen Wissenschaft eng verwoben ist“ (S. 11). Die Antwort von Markus Vogt: „Wissen und Verantwortung sowie Freiheit und Autonomie“ neu zusammendenken (S. 15). Oder: Die Wissenschaft „muss politischer werden“ (S. 38).

Man kann dieses Buch folglich auch lesen als Abkehr von einer „Normalwissenschaft“ (Vogt 2019: 14), wie sie zum Beispiel von Peter Strohschneider (2014) gepredigt wird. Transdisziplinäre oder transformative Wissenschaft, die für Vogt das gleiche Ziel haben. Zusammengefasst und etwas verkürzt: „Wissenschaft im Dienst an der Gesellschaft“ (S. 77). Vogt spricht folgerichtig von einem „Angriff auf die positivistische Wissenschaftstheorie“, auf „vermeintlich wertfreie Forschung“ und auf „die Fiktion der Messbarkeit und quantitativen Vergleichbarkeit“ (S. 18, 20, 53). Er beruft sich dabei auf die Verantwortungsethik von Max Weber („Verantwortung als Methode der Folgenabwägung“, S. 18) und wirbt dafür, den „Begriff der Klugheit“ neu zu beleben (S. 18), ein Konzept, das „analytische“, „normative“ und „alltagspraktische Fähigkeiten“ vereint (S. 52).

Mit seiner „Ethik des Wissens“ möchte Markus Vogt die Universitäten herausholen aus „ihrer randständigen Echokammer“ (S. 48). Er weiß, dass dafür eine „kulturelle Revolution“ nötig ist (S. 61). Seine Schlagworte: „Exzellenz der Verantwortung“ (S. 67), „societal impact als Qualitätsausweis“ neben „scientific impact“ (S. 67), „Überwindung einer Zwei-Zeiten-

Chronologie“ (nicht mehr *erst* das Wissen erzeugen und es *dann* weitergeben, S. 72), „neue Diskursräume im Dialog zwischen wissenschaftlicher, gesellschaftlicher, unternehmerischer und politischer Praxis“ (S. 73). Und, ganz wichtig: „den Studierenden helfen, ihr Reflexionspotenzial zu stärken“ (S. 68). Markus Vogt schlägt „eine Art philosophisch-ökologisches *studium generale*“ vor: „Jedes Studium sollte mit Begriffsschulung, Denken-Lernen und Aufklärung über die normativen Prämissen der fachspezifischen Leitmodelle beginnen“ (S. 82). Da nicht jede Universität ein Jahr dafür freiräumen wird, sollten sich alle Professorinnen und Professoren hier herausgefordert fühlen. Was Vogt hier fordert, kann man auch in der Einführungsvorlesung und in jeder anderen Lehrveranstaltung leisten.

### C. Wright Mills: *Bildung und Aufklärung, trotz alledem*

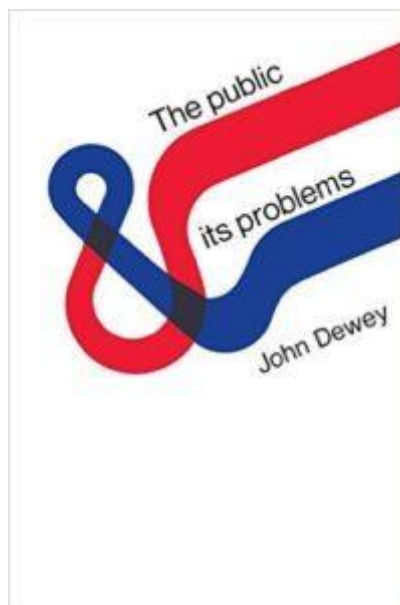
Die Studenten spielen auch in der „Soziologischen Phantasie“ von C. Wright Mills (2016) eine Hauptrolle, in einem der Texte, die der Forschungsverbund ForDemocracy in der Klausur „Wissenschaft in der Demokratie“ diskutieren wird. Ganz ähnlich wie Markus Vogt hat Mills schon vor mehr als einem halben Jahrhundert für „befreiende Bildung“ plädiert und den „sich selbst erziehenden Menschen“ als Ideal eines universitären Studiums gesehen (Mills 2016: 276). Dass er diesen Aspekt so stark macht, hat auch mit der „Machtlosigkeit“ zu tun, die Mills (2016: 276) den Sozialwissenschaftlern außerhalb der akademischen Welt attestiert. Zugespitzt: Wenn wir draußen schon nichts ausrichten können, dann halten wir uns an die, die zu uns kommen.



Wer diesen Klassiker heute liest, findet zunächst eine Kritik der demokratischen Praxis, die sehr vertraut klingt. Die USA Ende der 1950er Jahre: Für Mills sind die „Form“ und die „Erwartungsrhetorik“ demokratisch. Mehr nicht. „Die Wirtschaft der Konzerne“, der „Militärapparat“ und „zunehmend auch“ der „Staatsapparat“: „in hohem Maße“ undemokratisch (S. 279). Sein Maßstab („Ideal der Demokratie“): „dass diejenigen, die von einer für sie wesentlichen Entscheidung Dritter betroffen sind, bei dieser Entscheidung eine wirksame Stimme haben. Das wiederum bedeutet, dass die Macht zu solchen Entscheidungen immer öffentlich legitimiert sein muss und dass diejenigen, die solche Entscheidungen treffen, sie öffentlich zu verantworten haben“ (S. 278f.).

Mills folgt hier John Dewey (1927), für den die Idee der Demokratie dort wurzelt, wo unser Handeln Folgen für andere hat. Da vieles von dem, was wir tun, Konsequenzen hat, die wir nur bedingt oder gar nicht überschauen können, braucht es Menschen, die im Namen der

Öffentlichkeit handeln. Politiker und Beamte, die zum Beispiel Kinder, Alte und Schwache schützen oder den wirtschaftlichen Wettbewerb so einhegen, dass es keine Toten gibt und auch sonst möglichst wenig Schäden. Natürlich wusste auch Dewey, dass Macht und Positionen missbraucht und Gesetze schlimmer werden können als das, was sie eigentlich regeln sollten. Der Staat war für ihn deshalb etwas, was nie perfekt sein kann und permanent kontrolliert werden müsse. Wirklich immer.



In den 1920ern war diese Zuversicht offenkundig größer als nach dem nächsten Weltkrieg und erst recht als heute. John Dewey jedenfalls hat daran geglaubt, dass in jedem Politiker zumindest das Zeug steckt, tatsächlich das zu tun, wofür er gewählt wurde (im Namen der Öffentlichkeit zu handeln). Dazu braucht es bei ihm allerdings Transparenz und Meinungsfreiheit – nicht nur auf dem Papier. Konsequenzen kennen, dieses Wissen an alle kommunizieren und so unsere Ziele und Wünsche verändern. Der Glaube, dass ein Gesetz das regeln könne, sei absurd: „Removal of formal limitations is but a negative condition; positive freedom is not a state but an act which involves methods and instrumentalities for control of conditions“ (Dewey 1927: 168).

Wie Medienkritiker der Gegenwart (vgl. exemplarisch Mausfeld 2018) oder C. Wright Mills (2016: 272), der Ende der 1950er Jahre von der „inzwischen zur Gewohnheit gewordenen journalistischen Lüge“ spricht, schimpfte schon Dewey über den Zustand der Kanäle, die eigentlich für die Vermittlungsleistung prädestiniert seien. Öffentlichkeit bestehe heute (1927 in den USA) aus Werbung, Propaganda und Zwischenfällen jeder Art. Dewey war aber ein Mensch, für den Gesellschaft aus Versuch und Irrtum bestand und schon deshalb nie perfekt sein konnte. Und: Dewey glaubte an Wissenschaft und Aufklärung. Vor allem glaubte er an die Sozialwissenschaften, die so viel über menschliches Handeln und seine Folgen wissen würden, dass es nur darauf ankomme, dieses Wissen verständlich aufzubereiten und allen zugänglich zu machen (Dewey 1927: 183).

C. Wright Mills glaubte das so nicht mehr. „Zentralisierung aller Macht- und Entscheidungsmittel“: Das sei das „entscheidende Merkmal unserer heutigen Situation“ (Mills 2016: 271). Das öffentliche Leben? Dominiert von „amtlichen Realitätsdefinitionen“ („Propaganda“), „Mythen“, „Lügen“ und „hirnrissigen Ideen“ (S. 283). Der Mensch? Immer mehr „Spielball von Geschichtsgestaltern“ (S. 269). Und der Sozialwissenschaftler? Ein Kämpfer für „Wahrheit“ („Faktentreue“), „Vernunft“ und „menschliche Freiheit“, das schon. Aber zugleich

gezwungen, seinen „Standort“ in der Welt zu bestimmen (S. 265f.). Mills unterscheidet „drei politische Rollen“ (S. 266):

- „Philosophenkönig“ (alle Macht den Wissenden, S. 266),
- „königlicher Berater“ (die „heute übliche“ Rolle), versunken in ein „Spezialfach“, zu oft beschränkt „auf die bloße Verfeinerung administrativer und manipulativer Techniken“ (S. 267) und auch zu oft unter jenen, die „die Irrungen der politischen Administrationen nachbeten und weitertreiben“ (S. 272), sowie
- ein Ideal, für das er keinen Begriff findet („unabhängig“ bleiben, Problemstellungen selbst wählen und seine Arbeit sowohl „an die Könige“ richten als auch an „Öffentlichkeiten“, S. 268).

Diese dritte Rolle ist aber nicht mit dem Modell funktionaler Differenzierung zu verwechseln, das Peter Strohschneider (2014) als Basis für seine Argumentation dient. „Keiner steht ‚außerhalb der Gesellschaft‘; die Frage ist bloß, wo genau man in ihr steht“ (Mills 2016: 273). C. Wright Mills weist seiner Zunft wie Markus Vogt (2019) eine „politische Aufgabe“ zu: die Mächtigen „mit ihrer Verantwortung“ konfrontieren (sowohl die, die bewusst Macht ausüben, als auch die, die die Konsequenzen ihres Handelns nichts zu überblicken scheinen) und die Machtlosen darüber aufklären, „wie persönliche Schwierigkeiten mit öffentlichen Problemen zusammenhängen“ (S. 274f.). Das heißt auch: „jenen Kräften entgegentreten, die dabei sind, echte Öffentlichkeiten zu zerstören“ (S. 276). Ein paar Seiten später nennt er zwei Merkmale, die das Adjektiv „echt“ rechtfertigen würden: „gesellschaftliche Vorstellungen und Alternativen ernsthaft“ diskutieren und die „Chance, strukturelevante Entscheidungen wirklich zu beeinflussen“ (S. 281). An diesem Demokratiebegriff kann sich der Forschungsverbund ForDemocracy reiben.

#### *Heather Douglas: Integrität*

Eher auf der Strohschneider-Linie liegt ein Text von Heather Douglas (2014). Wobei: So genau weiß man das gar nicht, weil sich diese Wissenschaftsphilosophin auf die internen Abläufe im Feld konzentriert, bedingt schon durch ihren Fokus auf „wissenschaftliche Integrität“. Der Staat erscheint durch diese Brille ganz anders als bei C. Wright Mills (2016) oder John Dewey (1927) als ein neutraler Akteur, der dem gesellschaftlichen Nutzen verpflichtet und so ganz selbstverständlich dazu befugt ist, die Forschungsagenda zu bestimmen (etwa über finanzielle Anreize). Unter Politisierung der Wissenschaft versteht Heather Douglas die Dominanz eines politischen Ziels. Daten so interpretieren oder gar erfinden, dass sie einem höheren Ziel dienen (was immer das genau sein mag).

Man kann diesen Text auch als Wissenschafts-PR lesen oder als Verteidigung der *illusio* des Feldes (der Glaube an „interessenloses Interesse“ und an den Wert des „wissenschaftlichen Spiels“, Bourdieu 1998: 27). Studenten ordentlich betreuen, gründlich und vorurteilsfrei reviewen, sich dem kritischen Diskurs stellen, hin und wieder an die Öffentlichkeit gehen. Dabei immer im Hinterkopf behalten, dass Wissenschaft zwar überlegen ist („science generally provides the most reliable knowledge available“), sich aber erstens irren kann und zweitens nicht wertfrei ist. Um dieses letzte Problem zu lösen, bietet Heather Douglas eine begriffliche Finesse an. Werte, sagt sie, können eine direkte Rolle spielen und eine indirekte. Direkt: Werte als Grund für eine Entscheidung. Indirekt: Werte bestimmen, ob wir eine Entscheidung oder einen Beweis für akzeptabel halten. In der Wissenschaft, so geht die Argumentation weiter, dürften Werte nur ganz am Anfang (etwa bei der Wahl des Themas) und dann wieder am Ende (wie veröffentliche oder nutze ich meine Ergebnisse?) eine direkte Rolle spielen. Sonst hört die Wissenschaft auf, Wissenschaft zu sein, und wird Politik.

Wie gesagt: Es geht hier eher um den Wissenschaftsprozess selbst und vor allem bei den Beispielen eher um Natur- als um Sozialwissenschaften. Zu Transdisziplinarität und

transformativer Wissenschaft oder zur Position der Wissenschaftlerin in Demokratie und Gesellschaft sagt Heather Douglas allenfalls indirekt etwas. Auch ihr Rat, sich Argumentationsmuster anzuschauen und Integritätsverletzungen überall da zu vermuten, wo Kritik regelmäßig übergangen wird, hilft nicht wirklich weiter. Markus Vogt (2019) zum Beispiel geht in seinem Buch „Ethik des Wissens“ genauso ausführlich auf die Gegenpositionen ein wie Peter Strohschneider (2019). Und doch haben beide fundamental andere Ansichten über die Aufgabe der Wissenschaft im Anthropozän.

### *Literaturangaben*

Pierre Bourdieu: *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz: UVK 1997.

John Dewey: *The Public and its Problems*. New York: Holt 1927.

Heather E. Douglas: *Scientific Integrity in a Politicized World*. In: Peter Schroeder-Heister, Gerhard Heinzmann, Wilfrid Hodges & Pierre Edouard Bour (Hrsg.): *Logic, Methodology and Philosophy of Science. Proceedings of the Fourteenth International Congress*. London: College Publications 2014, S. 253-268.

Rainer Mausfeld: *Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören*. Frankfurt/Main: Westend 2018.  
Michael Meyen: *Denken und Forschen für die Welt*. In: Bayerischer Forschungsverbund „Die Zukunft der Demokratie“ (Hrsg.): ForDemocracy 2018.

C. Wright Mills: *Soziologische Phantasie*. Herausgegeben von Stephan Lessenich. Wiesbaden: Springer VS 2016.

Ortwin Renn: *Die Rolle(n) transdisziplinärer Wissenschaft bei konfliktgeladenen Transformationsprozessen*. In: *Gaia* 28. Jg. (2019), Nr. 1, S. 44-51.

Peter Strohschneider: *Zur Politik der Transformativen Wissenschaft*. In: Andre Brodocz, Dietrich Herrmann, Rainer Schmidt, Daniel Schulz, Julia Schulze Wessel (Hrsg.): *Die Verfassung des Politischen. Festschrift für Hans Vorländer*. Wiesbaden: Springer 2014, S. 175-191.

Hella von Unger: *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer VS 2014.

Markus Vogt: *Ethik des Wissens. Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten des Klimawandels*. München: oekom 2019.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Bonn 2011.